

Rechtsgebiet: 12. Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin.

Gesetzliche Grundlage:

Eine allgemeine Städteordnung für das Großherzogtum besteht nicht. Das Gemeindevahlrecht beruht auf den in den einzelnen Gemeinden beschlossenen und landesherrlich genehmigten Ortsstatuten, die untereinander sehr verschieden sind, so daß es schwer ist, einen vollständigen Ueberblick über den im Großherzogtum bestehenden Rechtszustand zu geben. In der Mecklenburgischen Gesetzsammlung findet sich eine von dem Ministerium des Innern verfaßte Zusammenstellung der seit dem Jahre 1848 „eingetretenen Veränderungen in Bezug auf den Wahlmodus, den Wirkungskreis, die Repräsentantenzahl und den Geschäftsbetrieb der Bürgerausschüsse in den Landstädten,“ bei der auch der frühere Rechtszustand mit angegeben ist. Diese Zusammenstellung, die vom 9. Juli 1851 datiert ist, umfaßt 38 Landstädte und trifft im wesentlichen auch heute noch zu. Soweit es sich übersehen läßt, ist nur für Schwerin im Jahre 1857 ein neues Statut erlassen. Die Bestimmungen in den übrigen Städten sind so veraltet, daß ihre Darstellung hier zwecklos wäre; z. B. wird als Erfordernis der Wahlfähigkeit in vielen Städten nur verlangt, daß die zu wählenden Bürger „rechnen und schreiben“ oder auch „zur Notdurst rechnen und schreiben“ können.

Im Nachstehenden sind deshalb nur die Verhältnisse in Schwerin dargestellt.

I. Voraussetzungen für den Erwerb des Bürgerrechts.

Das Bürgerrecht wird durch Verleihung des Magistrats erworben.

Bürger können nur männliche Einwohner sein, die das 25. Lebensjahr vollendet haben und dem Staatsverbande des Großherzogtums angehören.

Verpflichtet und berechtigt zum Erwerbe des Bürgerrechts sind alle Befähigten, die entweder

1. in einem öffentlichen Dienste angestellt sind und in Schwerin ihren Wohnsitz haben,
2. innerhalb des Stadtbezirks 3 Jahre lang
 - a) ein Wohngrundstück besessen,
 - b) von ihrem Vermögen gelebt oder
 - c) selbständig ein Gewerbe betrieben haben.

Die unter b und c genannten nur, wenn sie einen Jahresbeitrag von mindestens 5 Mk. zur Armenkasse zahlen.

Ausnahmen treten ein bei Konkurs, Geistesstörung, Kuratel, Armenunterstützung, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Rückständigkeit mit Zahlung der öffentlichen Abgaben seit einem Jahre.

Die Gebühr für die Verleihung des Bürgerrechts beträgt 5 Mk.